

## **Antrag**

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dennis Thering, Ralf Niedmers,  
Dr. Anke Frieling, Prof. Dr. Götz Wiese, Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

**zu Drs. 22/9472**

**Betr.: Fahrspuren erhalten und Verkehrschaos an der Rodigallee verhindern!**

Laut aktuellen Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) nimmt die Personenkraftwagendichte im gesamten Bundesgebiet zu. Zum Stichtag 1. Januar 2022 waren nach KBA-Zahlen 48,5 Millionen Personenkraftwagen (Pkw) zugelassen und damit so viele wie nie zuvor (2021: 48,2 Millionen). Im Jahr 2021 kamen dabei auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 580 Pkws – ein Rekordwert. Auch in Hamburg zeigt sich: Die offen autofeindliche Politik des Verkehrssenators hat bestenfalls einen geringen Effekt auf die Bestandszahlen, die zwischen dem 2. Quartal 2021 und dem 2. Quartal 2022 um weniger als 1 Prozent gesunken sind. Auch das Verkehrsaufkommen wird, trotz der bewusst provozierten Schikane von Hamburgs Autofahrern durch Senator Dr. Tjarks, bestenfalls minimal reduziert. Wird die wirtschaftliche „Großwetterlage“ als Faktor zur Kaufentscheidung und Nutzung eines Automobils herangezogen, ist klar, dass jegliche beobachtbare Reduzierung des Verkehrsaufkommens und der Zulassungszahlen auf externe Faktoren zurückführbar ist. Dazu kommt: Es gibt immer mehr Lastkraftwagen und Krafräder in Hamburg. Kurzum: Als Pendlerstadt und Wirtschaftsstandort braucht die Hansestadt ein belastbares Hauptverkehrsstraßennetz!

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat den Senat in der Drs. 22/8336 bereits zur Umnutzung von Straßen in der Hansestadt befragt. Wichtige Antworten zur Anzahl und Art der Spurenreduzierung blieb der Senat jedoch schuldig. Man führe derartige Statistiken nicht, hieß es. Transparenz geht anders! Die Rodigallee soll sich nun in die unrühmliche Reihe wichtiger Hauptverkehrsstraßen einfügen, deren Umbau eine Spurenreduzierung und dadurch die weitere Schikane von Hamburgs Autofahrern zur Folge hat. Allen Beteiligten sind die Konsequenzen bereits jetzt klar: weniger Parkplätze, mehr Staus und erhöhte Emissionen sowie Unfallgefahr für alle Verkehrsteilnehmer. Auch in der Bevölkerung regt sich massiver Widerstand gegen die ohne substanzielle Bürgerbeteiligung angesetzte und mindestens 51,5 Millionen Euro teure Maßnahme. Hier besteht dringender Handlungsbedarf: Alle Bürger müssen frühzeitig und vollumfänglich an derartigen Maßnahmen teilhaben können und deren Art und Umfang muss abänderbar sein. Demokratische Legitimation muss gewährleistet werden und Ideologie dem Bürgerwillen weichen!

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. bei der Sanierung der Rodigallee alle Fahrspuren auf der gesamten Länge zu erhalten;
2. bei Maßnahmen, die eine Spurenreduzierung zur Folge haben, sicherzustellen, dass alle betroffene Bürger Einfluss auf Art und Umfang der Maßnahme haben;

3. wo möglich, weitere Parkmöglichkeiten für Kraftwagen auf der Rodigallee zu schaffen;
4. statistische Daten zur Spurenreduzierung durch Umbaumaßnahmen auf Hamburgs Straßen zu erheben und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen;
5. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2022 zu berichten.